

Fuldaer Zeitung

Gegründet 1874

Ausgabe vom: 18. Januar 2018

GASTKOMMENTAR

Brüssel, hör die Signale!

Irgendwo in Europa ist immer Wahlkampf. Bei einer vierjährigen Amtszeit und 28 EU-Mitgliedstaaten wird rein rechnerisch alle 50 Tage irgendwo in Europa gewählt. Dass eine Hauptstadt der EU also wegen Koalitionsverhandlungen gerade nicht sprechfähig ist, daran hat sich Brüssel längst gewöhnt. Anders bei Deutschland. Kaum war die Tinte über die Sondierungsergebnisse der neuen, großen Koalition trocken, waren in Brüssel laute Seufzer der Erleichterung zu hören.

Die vorläufige Einigung der großen Koalition lässt hoffen, dass Brüssel nun endlich einen Gang zulegen kann. Zu groß, zu wichtig sind einige der in Brüssel anliegenden Dossiers, als dass man sie ohne Berlin klären wollte. Die Berliner wissen sich für die Geduld zu bedanken und schieben Europa gleich ins erste Kapitel ihrer Sondierungsergebnisse. Das Signal nach Brüssel: Deutschland bringt sich „aktiv in die Debatte über die Zukunft der EU und die Stärkung der europäischen Integration ein“.

Lippenbekenntnisse zu Europa gibt es freilich wie Sand am Meer. Die GroKo setzt aber auch inhaltliche Akzente. Am deutlichsten wird das bei der Währungsunion. Es ist kein Geheimnis, dass die EU-Kommission und viele südliche Eurostaaten die Eurozone umkrempeln wollen. Von einem Europäischen Währungsfonds, einem „Stabilisierungsinstrument“ oder gleich von einem Finanzminister für die Eurozone ist die Rede. Auch wenn die Vorstellungen dabei noch auseinandergehen, ist eines klar: Dies alles läuft auf eine Umverteilung zwischen den Staaten hinaus. Deutschland dürfte damit für längere Zeit zu den Netto-Zahlern gehören. Lange war unklar, wie sich Berlin dazu verhält. Die GroKo signalisiert nun erstmals eine deutsche Bereitschaft, diesen Weg mitzugehen. Sie befürwortet „spezifische Haushaltsmittel“ der EU für die „wirtschaftliche Stabilisierung und soziale Konvergenz und für die Unterstützung von Strukturreformen in der Eurozone“. Mehr noch: Das Ganze könne der Anfang eines Bud-

BERT VAN ROOSEBEKE

beleuchtet die europapolitischen Pläne der GroKo-Sondierer kritisch.



Der Autor ist Fachbereichsleiter am Centrum für Europäische Politik in Freiburg.

gets für die Eurozone sein. Auch für einen „parlamentarisch kontrollierten“ europäischen Währungsfonds sprechen sich die GroKo-Sondierer aus. Dass dies zwangsläufig die Rechte des Bundestages schwächt, erwähnen sie nicht.

Sicher: Ein Blanko-Scheck ist das nicht. Der Koalitionsvertrag dürfte klären, zu wie viel Integration – und damit Abgabe nationaler Souveränität – Berlin bereit ist. Der Unterschied zu den gescheiterten Jamaika-Verhandlungen ist jedoch frappierend. Keine Kritik an der EU-Einlagensicherung, an „automatischen Transfers“ zwischen Eurostaaten oder an einem Stabilitätsmechanismus für die Eurozone. Für Jamaika – zumindest für die FDP – waren dies rote Linien.

Noch spendabler zeigen sich Union und SPD in Sachen EU-Haushalt. Erstaunlich lapidar heißt es, man sei zu „höheren Beiträgen Deutschlands“ bereit. Wer mit den Brüsseler Verhandlungen zum EU-Haushalt vertraut ist, kann nur hoffen, dass Berlin dieses naiv anmutende Bekenntnis schleunigst an Bedingungen knüpft. Anlass dazu gäbe es genug: Nicht nur ist Deutschland größter Nettozahler der EU. Mit dem Brexit fällt ein weiterer großer Nettozahler weg. Zur Schließung dieser Lücke im EU-Haushalt dürften viele EU-Partner zuerst an Deutschland denken, weil das Land ja ohnehin in Topverfassung sei. Es wäre für Deutschland ein Leichtes gewesen, Bedingungen zu stellen, etwa zur Kürzung des EU-Agrarhaushalts oder der EU-Strukturfonds.

Dass man unter dem Deckmantel der EU-Freundlichkeit auch knallhart Eigeninteressen verfolgen kann, zeigt die SPD. Unter dem Titel „Ein Europa der Chancen und Gerechtigkeit“ zwingt sie mit Macron die CDU/CSU auf einen protektionistischen Kurs. Gegen die Billigkonkurrenz aus Osteuropa will sie einen „Sozialpakt“ für „gleiche Löhne für gleiche Arbeit am gleichen Ort“. Mehr noch: Auch die CDU/CSU entdeckt urplötzlich ihre Liebe für Mindestlöhne und will, dass alle EU-Staaten solche einführen. Auf schmalen Grat wandert die GroKo mit ihrer Forderung nach nationalen Grundsicherungssystemen in allen EU-Staaten. Das Ziel dabei: „faire Mobilität“ in der EU, aber keine „missbräuchliche Zuwanderung in die Systeme der sozialen Sicherheit“. Macron dürfte jubeln. Er plädierte unlängst dafür, bei der Entsendung von osteuropäischen Arbeitnehmern ins EU-Ausland immer die höchsten Sozialversicherungsbeiträge der EU heranzuziehen. Das sind nun mal die französischen. Mit Wettbewerb im europäischen Binnenmarkt hat das wenig zu tun. Dass die GroKo diesen Weg einschlägt, ist kein gutes Zeichen.